

DER GEPLÜNDERTE STAAT -

GEHEIME GESCHÄFTE VON POLITIK UND WIRTSCHAFT!

Dokumentation ARTE

<http://www.youtube.com/watch?v=a6rxxUN2m5Q>

Die Unvollendete. Sie grüßt im Hamburger Hafen wohl noch für lange Zeit. Die Elbphilharmonie soll das neue Wahrzeichen der Hansestadt werden. Doch noch steht sie für Größenwahn und Geldverschwendung. Rund ½ Mrd. € wird sie die Steuerzahler kosten. Verdienen werden die Banken und Baukonzerne. Das Ganze nennt sich öffentlich private Partnerschaft.

Schulden, Schulden, Schulden. Mit 2 Bio. € steht Deutschland in der Kreide und mit jeder Sekunde wächst der Schuldenberg. Auch in Frankreich fast 2 Bio. € Defizit. Mit der Schuldenbremse haben sich die Politiker beider Länder verpflichtet auf Ausgaben zu verzichten und weniger Kredite aufzunehmen. Aber zugleich suchen sie Wegen die Schuldenbremse wieder zu umgehen z.B. beim Autobahnbau.

Prof. Dr. Holger Mühlenkamp (Wirtschaftswissenschaftler Uni Speyer):

Der Verkehrsminister der sagen muss, ich kann keine Autobahn finanzieren weil wir Schuldenbremse haben der wird wahrscheinlich seine Wahlchancen durch diese Aussage drastisch reduzieren. Ein Verkehrsminister der sagt ich finde Wege und ich stelle euch etwas bereit der hat höhere Wahlchancen.

Hubert du Mesnil (Unternehmensverband IGD): Die Krise zwingt uns dazu auch in der öffentlichen Versorgung auf Effizienz zu achten und Kosten zu sparen. Der Staat muss weiterhin für die Bürger da sein aber das muss besser und billiger gehen als bisher.

Angesichts der knappen Kassen dürfte es Prestigebauten wie den geplanten Pariser Justizpalast oder die Hamburger Elbphilharmonie gar nicht geben. Aber es gibt sie. Weil der Staat mit privaten Investoren zusammenarbeitet. **PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP (PPP heißt das)** auf **Deutsch öffentlich private Partnerschaft (ÖPP)**. Private Konzerne investieren, bauen und betreiben öffentliche Projekte und der Staat wird zum Mieter.

Dr. Ute Jasper (Rechtsanwältin): PPP hat mal damit begonnen, dass man gesagt hat wir, die öffentliche Hand, wollen Projekte umsetzen können sie im Moment aber nicht bezahlen und wir suchen jemanden der uns diese Projekte gleich, wohl jetzt umsetzt will sie aber später bezahlen können.

So wird der Neubau des Bundesforschungsministeriums finanziert und mehrere Autobahnen ausgebaut und betrieben. Auch Schulen werden von Privatfirmen

saniert und an den Staat vermietet. Weniger Investitionen bedeuten zunächst weniger Schulden.

Prof. Dr. Dieter Engels (Präsident Bundesrechnungshof): ÖPP sollte keine Methode sein um die Schuldenbremse zu umgehen aber in der Tat weil wir die Schuldenbremse haben ist die Verlockung, vielleicht auch der Druck recht groß nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen.

Werner Rügemer (Publizist, ÖPP-Kritiker): Neben der Förderung, der Baukonzerne, der Investoren der Banken haben diese PPP-Projekte eben auch die Aufgabe die öffentlichen Haushalte kosmetisch von Schuldenkrediten freizuhalten.

So werden staatliche Aufgaben erfüllt die aus eigener Kraft nicht finanziert werden können. Doch über den Nutzen streiten selbst Politiker.

Olaf Lies (Wirtschaftsminister Niedersachsen): Wenn das bei einer Prüfung herauskommt, dass ein Projekt in ÖPP umgesetzt Millionen teurer ist, dann darf man es nicht umsetzen.

Peter Ramsauer (ehem. Bundesverkehrsminister): Also diese Bedenkenträger und Nörgler waren nie die, die die großen Zukunftsfragen der deutschen Infrastruktur letztlich bewerkstelligt haben.

ÖPP ist Geheimsache, Verträge die Behörden und Konzerne aushandeln bleiben sogar im Bundestag unter Verschluss.

Anton Hofreiter (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen): Die kann man dann lesen, die kann man sich anschauen aber man darf mit niemanden darüber reden. Wie soll das Parlament den Umgang der Exekutive prüfen wenn alles geheim ist?

Bei diesen geheimen Millionendeals ist Korruption nicht unbekannt. Z.B. beim Bau eines privaten Gefängnisses. Hier soll Geld geflossen sein an einen hohen Beamten.

Siegfried Kludt (Investor JVA Waldeck): Es ist eine Bestechung und bei einer Bestechung gibt es ja immer einen der es annimmt und der andere der es gibt. Und wir waren diejenigen die gegeben haben.

Immer öfter regt sich Protest wie hier im französischen Nort. Der Provinzflughafen soll mit ÖPP zum Megaairport werden. Der Nutzen ist umstritten.

Anne Le Strat (Stellv. Bürgermeisterin Paris): Ich bin total gegen öffentlich-private-Partnerschaften. Sie sind finanziell interessant für die Konzerne aber teuer für die Allgemeinheit und noch teurer für die Steuerzahler.

Doch die wehren sich! In Berlin haben sie die Wasserbetriebe von den Konzernen zurückerobert.

Laura Valentukeviciute (Privatisierungsgegnerin): Das ist Wasser, das sind Straßen, das ist auch Gesundheit, Bildung also alle möglichen Bereiche ohne die wir nicht leben oder nicht in Würde leben können sind ein Objekt der Profite für sie.

Jetzt feiert man hier den Abschied von der Privatisierung!

In Hamburg herrscht hingegen Katerstimmung. Mit der Elbphilharmonie wollten sich die Stadtväter einen Traum erfüllen ohne selbst viel zu investieren. ÖPP schien die Lösung. Im Auftrag der Hansestadt sollen Konzerne die Planung, Finanzierung und den Bau übernehmen. Der Sprecher der Kulturbehörde führt Besucher über die Baustelle. Fast wäre sie eine Bauruine geworden. Als die Kosten explodierten verloren die Investoren das Interesse. Die Stadt musste einspringen und finanziert nun den Großteil des Baus allein. Dazu gehören neben den Konzertsälen auch ein Parkhaus, ein Luxushotel und eine Flaniermeile mit Kaffees.

Enno Isermann (Sprecher Kulturbehörde): Hier gibt es zum einen den Hotelbereich wo die Leute in das Hotel hineingehen, hier können dann die Konzertbesucher im großen Konzertsaal über diese Treppe hochgehen und ein großer Höhepunkt wird sicherlich sein, dass die Leute dann hier durch diese große Öffnung zum Hafen hin und die kleiner Öffnung zur Stadt hin nach draußen treten können und einmal rund um die Plaza laufen können und einen wunderbaren Blick auf Hamburg haben werden.

Wunderbar sind auch die Kosten: auf 789 Mio. € werden sie zurzeit geschätzt. Einen Großteil tragen die Steuerzahler. Ursprünglich waren die Aufgaben klar verteilt, die Stadt sollte zuständig sein für die Konzertsäle und die öffentliche Plaza. Die Partner **Hochtief** und **Commerz Real** für das Parkhaus, Gastronomie und Hotel. Das finanzieren jetzt die Steuerzahler. Allein das Hotel mit 210 Mio.. **Heribert Leutner** vertrat die städtische Seite als Projektleiter. Nach 8 Jahren stieg er aus. Inzwischen ist er selbst in die Kritik geraten. Der Untersuchungsausschuss des Hamburger Parlaments wirft Leutner Überforderung vor. Zudem habe er versucht das Parlament mit frisierten Unterlagen zu täuschen. Immerhin gehört Leutner zu den wenigen die bereit sind über das Millionen Desaster zu sprechen.

Heribert Leutner (ehem. Geschäftsführer Baugesellschaft ReGe): Es ist ja schon kurios, dass die Kostensteigerung im Wesentlichen in dem öffentlichen Bereich stattgefunden haben und das ist ja das Risiko bei allen ÖPP-Projekten, dass der private Partner motiviert ist seinen Gewinn zu maximieren solange zu Lasten des öffentlichen Partners.

Und das war nur möglich weil die Stadt als Bauherrin und Eigentümerin schon früh sämtliche Risiken übernommen hatte. Offenbar ging es darum die privaten Konzerne vor Millionenverlusten zu bewahren. Jetzt müssen die Steuerzahler bluten. Der aktuelle Bericht des Untersuchungsausschusses nennt gleich mehrere Gründe für die Kostenexplosion. Eine überforderte Projektkoordination, eine

überhastete Ausschreibung, ein chaotisches Nebeneinander von Bauunternehmer und Architekt auf der Baustelle.

Als man 2010 Richtfest feierte waren die Baukosten schon völlig aus dem Ruder gelaufen. Auch sonst lief nicht alles glatt. Der Richtkranz grüßt ins Land hinaus. Der Bauherr ruft zum Wohnschmaus.

Schon damals versuchte ein Ausschuss der Hamburger Bürgerschaft zu ermitteln, warum die Stadt die Risiken der privaten Partner übernommen hatte, das konnte nie ganz geklärt werden. Nur so viel stellte der Ausschuss nach jahrelanger Arbeit fest, reale Kosten und Kostenrisiken sollen unter anderem durch Public-Private-Partnership-Konstruktion der Kenntnis und Information des Parlaments entzogen werden, unter anderem mit dem PPP-Modell sei die Stadt zahlreiche offene und unkalkulierbare Risiken eingegangen.

Heribert Leutner (ehem. Geschäftsführer Baugesellschaft ReGe): Über die Gründe der Kostensteigerung ist schon viel gesprochen worden. Man hat als einen der Hauptgründe festgestellt, dass die Planung noch nicht ausgereift genug war als man die Verträge gemacht hat, sodass die Baufirma mit Recht sagen konnte das war nicht vorhersehbar, das konnten wir nicht einkalkulieren.

Werner Rügemer (Publizist, ÖPP-Kritiker): So arbeiten diese PPP-Investoren. Sie wollen möglichst schnell und möglichst günstig einen Vertrag abschließen um nachher die Möglichkeit zu haben möglichst viele Nachforderungen zu stellen und dafür ist die Elbphilharmonie ein extremes Beispiel.

Ein Beispiel für eine öffentlich-private-Partnerschaft bei der die Konzerne ihre eigenen Angebote nicht halten konnten auf die aber die Stadtväter nur zu gern eingingen weil sie sich mit dem Wasserschloss ein Denkmal setzen wollten. Von den Partnern habe immer nur einer bezahlt kritisiert die Opposition im Landesparlament.

Eva Gümbel (Grüne Bürgerschaftsfraktion Hamburg): Der Gedanke war ja der, dass man darüber dass man die Privaten mit ins Boot holt den öffentlichen Teil finanzieren können. Am Ende stellt sich heraus, das wir fast das Gegenteil erreicht haben. D.h. also wir haben durch diesen Willen sozusagen über die Privaten etwas mitfinanziert ein unglaublich komplexe Gebäudestruktur am Ende gehabt die dazu geführt hat, dass sich immense Kostensteigerung ergeben hat die dann aber von der Stadt zu tragen gewesen sind.

Zu einem hohen Preis, denn inzwischen kaufte sich Hamburg aus allen Risiken frei, allein das kostete 198 Mio. €. Dafür garantiert Hochtief die Fertigstellung bis 2016 angeblich ohne weitere Nachforderungen.

Ein Projekt in Paris könnte dem Wasserschloss an der Elbe jetzt fast den Rang ablaufen. Der geplante Justizpalast. Auch er ein ÖPP-Projekt, künftig das höchste Gebäude von Paris. Der Entwurf stammt vom Stararchitekten Renzo Piano. Die geschätzten Baukosten: 650 Mio. €. So viel Luxus könnte sich Paris mit eigenen

Investitionen nicht leisten. Die Idee entstand in der Ära Sarkozy. Der frühere Justizminister **Michel Mercier** wollte den Bau mit Hilfe Privater Investoren vorantreiben.

Michel Mercier (ehem. Justizminister Frankreich): Die Justizgebäude verteilen sich über ganz Paris, das ist alles andere als Effektiv. Gehen sie einmal in die Büros der Richter, überall liegen Akten am Boden verstreut. Im alten Palast platzt die Justiz aus allen Nähten. Der alte Justizpalast schien nicht mehr standesgemäß. Etwas Größeres musste her. Nur darf sich der Staat nicht mehr so hemmungslos verschulden wie das früher die Könige taten. Deshalb setzt man in Frankreich seit Jahren auf öffentlich-private-Partnerschaften. Unter Führung des Baukonzerns Weak hatte ein privates Konzortium mit den Arbeiten an dem neuen Palast begonnen. Der Plan war ihn später an den Staat zu vermieten, zunächst für 27 Jahre. Im Pariser Vorort Montreux sucht man solche Luxusbauten vergebens. **Belaide Bedredinne** ist Mitglied von Attack und sitzt für die Kommunisten im Bezirksparlament. Er hält das Projekt für ein Symbol staatlicher Verschwendungssucht.

Belaide Bedredinne (Mitglied Generalrat Seine-St. Denis): Die Leute sagen uns wir sollten aufhören Pyramiden zu bauen. Wenn die frühere Regierung den Justizpalast nicht mit ÖPP begonnen hätte, wäre er nie so schnell umgesetzt worden. Sie wussten aber, dass ihre Zeit zu Ende ging und wollten noch schnell Tatsachen schaffen.

Inzwischen ist der Prestigebau aber im Justizministerium selbst umstritten weil die Regierung gewechselt hat. Justizministerin **Christiane Taubira** von der Radikalen linken folgte auf dem konservativen Mercier. Sie will raus aus dem ÖPP-Vertrag und das ohne großes Aufsehen. Sie selbst gibt keine Interviews zum Thema aber ihr Ministerium nannte hoch brisante Zahlen. Demnach käme ein staatlich finanzierter Bau deutlich billiger als das ÖPP-Projekt. Denn zählt man über die lange Vertragsdauer die Gesamtkosten für die Miete zusammen kommt man auf gigantische 2,6 Mrd. €. Das entspricht einem Mietpreis von rund 130 € im Monat für jeden m², selbst für pariser Verhältnisse astronomisch. Würde der Staat nicht mieten sondern selbst bauen würden 100erte von Mio. gespart. Dennoch setzen sich sogar renommierte Wirtschaftswissenschaftler für das Projekt ein. **Prof. Stephane Saussier** rechnet die erhöhte Miete gegen andere Faktoren auf.

Weshalb hält er die öffentlich-private-Partnerschaft für die günstigere Variante?

Prof. Stephane Saussier (Wirtschaftswissenschaftler): Auch beim Justizpalast ist der wichtigste Vorteil der öffentlich-privaten-Partnerschaft, dass eine fristgerechte Fertigstellung garantiert wird, ohne Verzögerungen wie sie bei rein staatlichen Projekten üblich sind. Bei ÖPP gibt es einen Globalvertrag mit einem privaten Partner, das ist das Besondere und der muss das Projekt so effektiv wie möglich managen. Von Anfang bis Ende.

Im Rathaus von Paris hat man daran erhebliche Zweifel. Die stellvertretende Bürgermeisterin **Anne Le Strat** kämpft seit Jahren gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Anne Le Strat (Stellv. Bürgermeisterin Paris): Mit dem Justizpalast ist es wie bei allen öffentlich-privaten-Partnerschaften. Ein Konzern verfolgt damit finanzielle Interessen, deshalb ist es zwangsläufig auf lange Sicht nicht interessant für die Allgemeinheit. Oft laufen die ursprünglich vorgesehenen Aufgaben aus dem Ruder. Es kommen technische Sachzwänge dazu und am Ende kosten diese Partnerschaften sehr viel mehr als wenn sie über Investitionen oder selbst über Kredite der öffentlichen Hand finanziert worden wären.

Belaide Bedredinne (Mitglied Generalrat Seine-St. Denis): Daher greifen sie ja auf ÖPP zurück. Außerdem gibt es meiner Meinung nach heimliche Absprachen. Schließlich sind die Baufirmen wie alle Firmen in Wahrheit auf die Mieten aus. Die sind viel besser als ein einmaliges Projekt bei dem man auch nur einmal verdient bei der Miete dagegen sprudeln die Einnahmen permanent. Wie eine Art Rente. Das wertet das Kapital eines Unternehmens auf.

Wenn die Regierung aus dem ÖPP-Vertrag aussteigt würde das 400 Mio. € Strafe kosten, dennoch würde sie ein Vielfaches sparen und vielleicht entdecken, dass der alte Justizpalast doch groß genug ist.

Weil die Wirtschaftlichkeit so umstritten ist sind die Kosten bei ÖPP meist Geheimsache. Die A1 zwischen Hamburg und Bremen ist die erste deutsche Autobahn die als ÖPP-Projekt saniert wurde. Bis 2038 ist ein privates Unternehmen für die Strecke verantwortlich. Das Geld kommt aus der LKW-Maut die auf diesem Teilstück eingenommen wird. Die teilen sich jetzt der Staat und der Konzern. Die LKW-Fahrer haben sich ihre eigene Meinung dazu gebildet.

Thomas Granzer - LKW-Fahrer: Die Autobahn das ist eine reine Geldmaschine. Nicht für den Staat, das geht jetzt in private Hand, das haben sie sich aus der Nase ziehen lassen. Wahrscheinlich wurde das schlecht berechnet. Das haben sie sich wahrscheinlich auch nicht träumen lassen.

Niemand weiß genau aber eine einfache Rechnung zeigt etwa 2 Mrd. € würde die LKW-Maut bis Vertragsende bringen wenn man das heutige Verkehrsaufkommen zu Grunde legt bei Gesamtkosten von 650 Mio. €. Wie der Gewinn verteilt wird das ist Staatsgeheimnis.

Die A1-Mobil, eine Tochter des Baukonzerns Bilfinger, ist der private Partner dieses ÖPP-Projekts. Sie sanierte die Strecke und ist 30 Jahre zuständig für Reparaturen, Winterdienst und was sonst so anfällt. Über die Höhen der Einnahmen will man hier nicht sprechen.

Lutz Hoffmann – Geschäftsführer A1 mobil: Wir haben mit dem Bund vereinbart, dass der Vertrag nicht öffentlich ausgelegt wird. Das ist im Übrigen aber auch nichts anderes als in jedem anderen herkömmlichen Projekt.

Die Beamten im niedersächsischen Straßenbauamt in Verden wissen wie die Einnahmen künftig verteilt werden. Sie sind der staatliche Partner der A1-Mobil. Der frühere Amtsleiter hat die Verhandlungen geführt. Aber auch er will keine Zahlen nennen.

Heiko Gerken – Nieders. Straßenbauamt Verden: Das Finanzierungsmodell richtet sich eben nach dem LKW-Aufkommen. Die Zahlen des LKW-Aufkommens erhalten wir von Tolkolekt und dann wird nach einem bestimmten Rechenmodell letztendlich der Vergütungssatz ermittelt.

Den Vertrag der das alles regeln soll den hat man inzwischen in den Keller geräumt weil er so viel Platz einnimmt. 36.000 Seiten. Kein Wunder, dass man 2 Jahre verhandeln musste bevor die Bauarbeiten beginnen konnten.

Heiko Gerken – Nieders. Straßenbauamt Verden: Und das sind jetzt die vielen Ordner des Konzessionsvertrages, 176 Stück. Der Umfang ist nun dadurch auch verursacht, dass wir sämtliche Planunterlagen die zur rechtlichen Absegnung gehören eben auch hier zum Vertragsbestandteil gemacht haben, machen mussten. Das ist alles ein Vertrag, auch die Frage der Finanzierregel, alles. Die Höhe der Vergütung und den Rechenmechanismus.

Mehr wird nicht verraten.

Heiko Gerken – Nieders. Straßenbauamt Verden: Das ist eigentlich der wichtigste Ordner, da sehen sie auch das Teilangebot.

Da würde man natürlich gerne mal reingucken.

Heiko Gerken – Nieders. Straßenbauamt Verden: Das kann ich nachvollziehen aber wie gesagt das ist im Moment nicht möglich.

Das ist geheim.

Geheime Absprachen zwischen Wirtschaft und Politik hebeln die demokratische Kontrolle aus fürchtet Werner Rügemer. Der Publizist beschäftigt sich seit Jahren kritisch mit ÖPP.

Werner Rügemer – Publizist, ÖPP-Kritiker: Es gehört zu den wesentlichen typischen Merkmalen von PPP, dass hier absolute Geheimhaltung herrscht. Überall, nicht nur in den Stadträten, in den Landtagen sondern auch im Bundestag **bekommen die gewählten Abgeordneten den Vertragstext über den sie eigentlich abstimmen sollen nicht zu sehen!**

Im Klartext die Abgeordneten kaufen die Katze im Sack. Milliardenausgaben ohne wirksame Kontrolle weil sonst angeblich Betriebsgeheimnisse verletzt würden. Nur wenige Politiker wehren sich dagegen. Der Fraktionschef der Grünen Anton Hofreiter ist einer davon

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Es wäre doch eine Mindestforderung das öffentlich im Parlament, im Ausschuss, darüber

diskutiert werden kann was ist das wirtschaftlichere Modell zum Ausbau einer Autobahn denn es geht hier immerhin um knappes öffentliches Geld und es ist eine Kernaufgabe des Parlaments zu überprüfen ob die Exekutive ökonomisch und effizient, sinnvoll mit dem knappen öffentlichen Geld umgeht. Wie soll das Parlament den Umgang der Exekutive prüfen wenn alles geheim ist?

Wenn Hofreiter auf Akteneinsicht klagt werden die wichtigsten Daten geschwärzt. Begründung auch hier, Betriebsgeheimnisse! In der abgeriegelten Geheimschutzstelle des Bundestages darf er alles unzensiert einsehen muss sich aber auf ein absurdes Spiel einlassen.

So wo sind wir hier?

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind hier bei der Geheimschutzstelle, die liegt hier und im nächsten Stock. Was hier in der Geheimschutzstelle liegt sind eine ganze Reihe von Unterlagen unter anderem die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die PPP-Projekte. Das Problem ist ich kann sie lesen, ich darf sie verstehen, ich kann feststellen ist es wirtschaftlich oder ist es nicht wirtschaftlich aber ich kann weder mit ihnen noch mit der allgemeinen Öffentlichkeit noch mit einem abgeordneten Kollegen noch nicht einmal mit meinen Mitarbeitern darüber reden. Es heißt ich weiß es zwar dann aber ich kann nicht effizient die Regierung kontrollieren weil es gibt ja keine Debatte darüber.

Haben sie eigentlich das Gefühl, dass sie dadurch ausgebremst werden.

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich wird die parlamentarische Kontrolle dadurch ausgebremst deshalb versuch ich ja an die Unterlagen über andere Wege ranzukommen.

Und zumindest das erlaubt es ihm eine politische Debatte anzustoßen.

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Diese Unterlagen waren in ihrer Deutlichkeit letztendlich durchaus sehr, sehr bezeichnend, dass diese Projekte alles andere als wirtschaftlich waren.

Der Bundesrechnungshof kennt die Zahlen für einige der 130 aktuellen ÖPP-Projekte in Deutschland. Mehrfach hat er deren Wirtschaftlichkeit bezweifelt.

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Unsere Erkenntnisse sind die, dass - ich würde es mal ganz vorsichtig formulieren -, ÖPP zwar eine Finanzierungsform sein kann aber nicht sein sollte wenn man nicht konventionell bauen kann. Und wir stellen fest, dass es häufig vorkommt, dass man das ÖPP-Projekt etwas mehr protegiert als das konventionelle Bauen und dies geschieht indem man die Vergleichsberechnungen sehr gerne mal zu Ungunsten des konventionellen Bauens berechnet.

So stellte der Bundesrechnungshof zu ÖPP beim Autobahnausbau fest, bei den bisherigen Modellen bestünden Zweifel an deren Wirtschaftlichkeit. Diese Modelle könnten zu erheblichen Mehrkosten führen und Erwägungen ÖPP-Projekte

losgelöst von Fragen der Wirtschaftlichkeit zu realisieren widersprechen dem Haushaltsrecht.

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Man muss sich überlegen worin unterscheiden sich klassische Arbeitsweisen und ÖPP-Projekte. Das Unternehmensinteresse ist in der Regel auf Gewinn ausgerichtet, die klassische Bauweise ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Das Unternehmen zahlt in aller Regel für Kredite, welche sie am Kreditmarkt aufnimmt, höhere Zinsen als beispielsweise die Verwaltung und wenn sie das alles nun mal zusammennehmen, nämlich dass sie Gewinne machen wollen, dass sie höhere Zinsen bezahlen bei ÖPP-Projekten, dann haben sie zumindest einmal einen Anhaltspunkt dafür, dass es tendenziell teurer werden muss.

Das sah man im Verkehrsministerium bisher ganz anders. Exminister Ramsauer war ein entschiedener ÖPP-Vorkämpfer. Durch Kritik ließ er sich nicht beirren.

Peter Ramsauer – ehem. Bundesverkehrsminister: Weil immer wieder die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt wird. Also diese Bedenkenräger und Nörgler waren nie die, die die großen Zukunftsfragen unserer großen Infrastruktur letztlich bewerkstelligt haben sondern die Lösung immer eher behindert haben und wir werden auch diese Bedenkenräger am Wegesrand liegenlassen und voranschreiten.

Und deshalb ließ Ramsauer gleich 10 ÖPP-Projekte anschieben.

Peter Ramsauer – ehem. Bundesverkehrsminister: Es ist ein Zukunftsmodell, es muss kein Allheilmittel sein. Mit ÖPP kommt man schneller zum Bauen und wir vermeiden dadurch erhebliche, volkswirtschaftliche Kosten die dadurch entstünden wenn erst Jahre später gebaut würde. Denken sie an die eminenten Kosten die anfallen durch Staus, durch zusätzliche Unfälle etwa wenn noch Jahre weiter auf alten Autobahnen gefahren werden müsste. Wenn wir schnell bauen mit ÖPP sowie hier dann kann man all diese zusätzlichen Kosten vermeiden.

Schön wär's! Doch diese Rechnung geht nicht auf. Wie das Beispiel der Autobahn A1 zeigt. 4 Jahre dauerte es den Abschnitt zwischen Hamburg und Bremen auf 6 Spuren auszubauen. Nur 4 Jahre. Ein Rekord durch ÖPP. Dazu hatte sich der private Partner Böfinger verpflichtet. Das Ergebnis: noch nie gab es eine so lange und gefährliche Baustelle in Deutschland. Teilweise drängten sich 4 Spuren auf einer Fahrbahn weil die andere Bahn für die Bauarbeiten komplett gesperrt war. Dadurch herrschte auf den nur 2 Meter breiten Fahrspuren Nahkampf. Die Folgen bekamen die Beamten der zuständigen Polizeistelle in Sittensen zu spüren. Bei den Ordnungshütern war 4 Jahre lang Hochbetrieb.

Knut Nagel – Polizei Sittensen: Es sind ja hier insgesamt 74 km ausgebaut worden, immer in 6 km Bauabschnitten, 6 km Entlastung. Das ist natürlich für die Verkehrsteilnehmer dann schon eine Belastung dort durchzufahren. Ein Problem stellten für uns die engen Fahrstreifen dar aufgrund dessen wir hier

Stauenden hatten und die LKW-Fahrer waren halt meistens unaufmerksam und sind dann auf das Stauende in der Regel ungebremst aufgefahren.

Und die enden dann tödlich.

Knut Nagel – Polizei Sittensen: Viele dieser Unfälle haben tödlich geendet, einige auch mit sehr schwer verletzten Personen und natürlich extrem hohen Sachschaden.

Diese Fakten von Ex-Verkehrsminister Ramsauer offensichtlich ignoriert. Bei der A1 führte die schnellere Bauweise durch ÖPP zu einem dramatischen Anstieg der Unfallzahlen.

Knut Nagel – Polizei Sittensen: Vor der Baumaßnahme hatten wir ein Unfallniveau von ca. 6 bis 7 Monaten im Jahr und während der Baumaßnahme sind die Unfallzahlen dann leider Gottes auf 1500 bis 1600 im Jahr gestiegen.

Auch jetzt nach der Fertigstellung nehmen die Sorgen kein Ende. Auf der frisch renovierten 6-spurigen Bahn fehlt eine sogenannte Verkehrsbeeinflussungsanlage.

Knut Nagel – Polizei Sittensen: Der Verkehr läuft gut. Für uns ist es allerdings etwas schwierig. Es gibt hier keine Geschwindigkeitsbegrenzung mehr, wir haben keine Möglichkeit in den Verkehrsfluss einzugreifen. Von da hätten wir uns gewünscht, dass hier eine Verkehrsbeeinflussungsanlage installiert worden wäre. Leider Gottes ist das nicht der Fall, sodass wir mit den Risiken der hohen Geschwindigkeiten aus polizeilicher Sicht schon leben müssen.

Ein Schildbürgerstreich. Was man von jeder modernen Autobahn kennt, die Brücken mit elektronischen Verkehrsschildern wurde beim ÖPP-Projekt nicht kalkuliert. **Jetzt sollen sie nachträglich aufgestellt werden, auf Staatskosten natürlich.**

Entgegen ein anderes ÖPP-Projekt-Vorhaben aus der Ära Ramsauer kämpft niedersachsens Verkehrsminister **Olaf Lies**. Schon seit Jahren wird die Autobahn A7 zwischen Hannover und Kassel abschnittsweise erneuert und erweitert. Bisher auf konventionelle Weise mit staatlichen Investitionen. Die letzten 30 km sollen als ÖPP-Maßnahme ausgeschrieben werden sehr zum Ärger des Ministers in Hannover.

Olaf Lies – Wirtschaftsminister Niedersachsen: Jetzt hat die Bundesregierung entschieden wir würden das aber gerne mit der ÖPP machen. Dann gibt es quasi eine Voruntersuchung die hat gezeigt kann man machen kostet aber 13 Mio. € mehr und wenn wir intern berechnen, dann wird es noch teurer weil wir nochmals gegenrechnen müssen was Maßnahmen die wir solange nicht ergreifen konnten auch noch mal kosten würden. Deswegen habe ich gesagt, das können wir nicht machen. Das macht überhaupt keinen Sinn ein solches Projekt kann man nicht in ÖPP umsetzen. Das ist **Steuergeldverschwendung!**

Und dabei kann sich Lies auf den Bundesrechnungshof berufen. Der stellte nach eingehender Prüfung fest, die geplante Ausführung als ÖPP-Projekt wird den Baubeginn der A7 verzögern und **bis zu 25 Mio. € könnte der Bund einsparen wenn er in konventioneller Weise ausbaut.**

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Punkt 1 ist, dass bei den Zinsberechnungen Fehler gemacht worden sind. Punkt 2 war in die Wirtschaftlichkeitsberechnung ist eingegangen die Annahme, dass das Unternehmen später auch Steuern zahlen wird. Wir meinen es ist offen ob diese international tätigen Unternehmen wirklich nachher Steuern zahlen. Als 3. ist uns aufgefallen, man hat den Zeitvorteil den man gewinnt, den hat man ganz hoch bewertet aber vernachlässigt hat man auf der Seite des konventionellen Bauens dass unser deutscher Mittelstand sozusagen von den ÖPP-Projekten nicht mehr profitieren kann.

Olaf Lies – Wirtschaftsminister Niedersachsen: Deswegen habe ich mich auch sehr intensiv und sehr lange dagegen gewehrt und habe eigentlich gehofft, dass am Ende auch auf der Grundlage wenn etwas so viel teurer ist, dann kann es nicht zwangsweise entschieden werden, ich sozusagen die letzte Entscheidung habe. Aber wie es bei uns im Föderalismus ist, es kann noch so unsinnig sein, es kann noch so eine Geldverschwendung sein, **wenn der Bund sagt verschwende das Geld dann muss ich es tatsächlich verschwenden!**

Denn ÖPP-Hartliner Ramsauer ließ eigene Berechnungen anstellen nachdem die Vorteile bei ÖPP angeblich überwiegen. **Für die Folgen ist er nicht mehr zuständig!!! Mit denen müssen sich seine Nachfolger befassen!!!**

Wie wirkt sich die verdeckte staatliche Kreditaufnahme aus? Mit dieser Frage beschäftigt sich in Speyer der **Ökonom Holger Mühlenkamp**. Für ihn ist klar, c

Prof. Dr. Holger Mühlenkamp – Wirtschaftswissenschaftlicher Uni Speyer: Die öffentliche Hand kann konventionell in Zukunft wahrscheinlich wesentlich weniger Infrastruktur finanzieren. Dann sucht man nach Auswegen. Und PPP liefert kurzfristig – wohlgemerkt kurzfristig! – einen Ausweg. Kurzfristig kann man noch relativ viele Projekte realisieren, langfristig hat man aber die Haushalte gebunden. Das ist ein politisches Problem. Deswegen sprechen wir in der Ökonomie auch nicht von Politikerversagen sondern von Politikversagen. Man kann sagen es ist entweder gesellschaftlich Kurzsichtigkeit oder es ist eine Finanzierungszusammenbruch. Dafür gibt es verschiedene Begriffe.

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Das ist ja auch genau das Verführerische. Das ist dieselbe Verführung wie bei Krediten. Die Belastung werden wir erst in Zukunft im vollen Umfang spüren.

Kein Geld und Schulden machen ist verboten. Aber der Bedarf ist da. Also begibt man sich in die Hände privater Investoren. Der Landkreis Offenbach übergab 2005 seine 90 Schulen an 2 Privatfirmen. Hochtief und eine Tochter des französischen Konzerns Valsea. Sie sanierten die Gebäude und unterhalten sie jetzt in Eigenregie und vermieten sie jetzt an den Kreis vorerst bis 2020. Rektor

Hans-Peter Löw führt durch seine renovierte Heinrich-Mann-Gesamtschule. Auch die technische Ausstattung der Klassenräume wird von den privaten Firmen gestellt. Für die Lehrer ändert sich nichts, sie bleiben im Staatsdienst. Dagegen mussten die Hausmeister und andere Bedienstete zu den privaten Betreibern wechseln. Vor der Sanierung war hier wie in vielen anderen Schulen jahrelang nichts passiert.

Hans-Peter Löw – Direktor Heinrich-Mann-Schule: Meine Schule war in großem Maße sanierungsbedürftig. In den Bereichen in denen saniert wurde war es überfällig. Es ging also nicht nur um den Brandschutz, es ging auch um die Frage der entsprechenden Ausstattung – der Räume vor allem. Die Naturwissenschaft - ein moderner Unterricht braucht gewisse Ausstattungsanforderungen und die sind eigentlich im größten Teil erfüllt worden.

So auch im Informatikgrundkurs für Schüler der 9. Klasse. **Die Computer, die Roboter, wie die ganze übrige technische Ausrüstung der Schule stellt der private Betreiber, natürlich alles gegen Mietgebühren.**

Hans-Peter Löw – Direktor Heinrich-Mann-Schule: Das ist ein Beispiel gewesen wo wir halt unsere Wünsche einbringen konnten im Rahmen des PPP-Projektes. Wenn das halt neu gemacht wird dann ist man halt auch bemüht das gleich so zu machen, dass es pädagogisch auch Früchte trägt.

Nur eines trübt die schulische Idylle. **Was nicht im Vertrag steht gibt es nicht oder nur zu erheblichen Mehrkosten.** So wie die Mensa die anfangs nicht vorgesehen war. Als der ÖPP-Vertrag geschlossen wurde waren Verpflegung und Ganztagesbetreuung noch kein Thema. Heute gehören sie zum Standard in vielen Schulen. Das kommt teuer. Die **Jahresmiete stieg innerhalb kurzer Zeit auf das 1 ½-fache.** Für die ganze Vertragszeit muss der Landkreis damit unvorhergesehene Mehrkosten von rund 250 Mio. € verkraften. Dafür muss jetzt an anderer Stelle gespart werden. Als sich der Landkreis für die ÖPP-Variante entschied zählte vor allem das Argument Geschwindigkeit.

Oliver Quilling – Landrat Kreis Offenbach: Der Kreis hatte damals ermittelt um die Schulen auf konventionelle Weise zu sanieren hätten wir etwa 25 Jahre gebraucht.

In privater Regie waren es nur 4 Jahre. Voraus gingen wie immer bei ÖPP lange Verhandlungen.

Oliver Quilling – Landrat Kreis Offenbach: Von den Einzelverträgen her sind es über 110 und die Seiten hat glaube ich niemals jemand genau gezählt, es war ja auch eine sehr umfangreiche externe Beratung erforderlich durch 2 Anwaltskanzleien. Das dauerte fast 2 Jahre an Vorbereitungen um diesen Vertrag auf den Weg zu bringen.

Die privaten Berater hatten dem Landkreis vorgerechnet die Sanierung aller Schulen als ÖPP-Modell sei um 180 Mio. € günstiger als die staatliche Variante.

Dieser angebliche Vorteil hat sich mit den gestiegenen Ansprüchen an Platz, Personal und Technik längst ins Gegenteil verkehrt.

Karl Schwarz – Gebäudewirtschaft Landkreis Offenbach: Es ist klar es gibt Zusatzwünsche der Schulen, Schulen verändern sich und da muss man schauen wie sind die Verträge, was muss vielleicht nachfinanziert werden. Wir haben dann jährliche Preisanpassungsverhandlungen und da wird das Ganze dann nachverhandelt – also nicht nachverhandelt sondern es wird verhandelt dass man sich innerhalb des bestehenden Vertragsrahmens arrangiert. Es ist ein schwieriger Prozess für beide Seiten aber ich denke der Wille ist auf beiden Seiten da dies dann auch konstruktiv weiterzuführen.

Auch die Tagesstätte in der Mülheimer Göthe Schule wurde nachträglich gebaut. Das lief schnell und unbürokratisch trug aber auch zur Belastung des Landkreis-Budgets bei.

Man liest man müsse Leute hier im Kreis entlassen und dgl. um diese Kosten aufzubringen.

Oliver Quilling – Landrat Kreis Offenbach: Also das ist sicherlich etwas dramatisch geschildert, entlassen mussten wir deshalb noch niemanden. Aber ich will nochmals darauf hinweisen, die Kostenmehrungen hätten wir ohnehin gehabt als Kreis Offenbach. Die Personalkostensteigerung, die Energiekostensteigerung, die Mehrwertkostensteigerung und natürlich auch die Kostensteigerung bedingt durch die Flächenmehrung d.h. also mehr Schule als im Jahr 2005.

Drum prüfe wer sich ewig bindet!

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Durch ÖPP schreiben wir zunächst mal fest den Standard von heute aber sie wissen nicht welcher Bedarf in 10, 15, 20 Jahren bestehen wird und dann gibt es 2 Möglichkeiten: in 20 Jahren begnügen wir uns damit, dass wir die Dinge dann so haben wie sie heute sind oder es muss nachverhandelt werden. Tja und da stehen sie dann einem Unternehmen gegenüber an das sie fest gebunden sind. Sie können die Dinge dann nicht mehr an einen Wettbewerb vergeben und ändern sondern sie sind auf den einen Vertragspartner angewiesen und der hat ein relativ leichtes Spiel sozusagen die Preise hochzutreiben.

In Frankreich sind die gegenseitigen Abhängigkeiten noch viel stärker. Jahrelang war es mit Abstand der größte Markt für öffentlich-private-Partnerschaften in Europa.

Konferenz des größten Interessenverbandes der sich für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Privatunternehmen stark macht. Ein florierendes Geschäftsmodell und sogar ein Exportschlager für Frankreichs Konzerne.

Hubert du Mesnil – Unternehmensverband IGD: Die großen Firmengruppen die in Frankreich Erfahrungen mit öffentlichen Aufgaben haben sind auf dem Weltmarkt führend etwa in den Bereichen Wasserversorgung, Bausanierung oder

Transport. Und zwar deshalb weil sie ihre Kompetenzen innerhalb des staatlichen Bereiches einsetzen konnten. Dank dieser Erfahrungen mit öffentlich-privaten-Partnerschaften in Frankreich können sie weltweit tätig sein. Auch in Ländern die bisher gar nicht wussten was ÖPP bedeutet.

Und deshalb ist bei diesem Rendezvous von Staat und Wirtschaft auch einer der Chefs von **VINCI** dabei. Einem Konzern der Milliarden mit öffentlich-privaten-Partnerschaften umsetzt und der auch im Landkreis Offenbach die Schulen sanierte und betreibt.

Louis-Roch Burgard – Präsident Vinci Concessions: Die Beziehung zu den staatlichen Stellen ist eher von Distanz geprägt denn sie sind die Auftraggeber und wir versuchen unseren Service anzubieten. Natürlich sind die Auswahlverfahren sehr transparent. Es ist nur so, dass die Gruppe Vinci schon wegen ihrer Entstehungsgeschichte in Frankreich und innerhalb des Wettbewerberskreises über eine besonders weitreichende Erfahrung verfügt und wir sind bereit diese für unsere Kunden zu Verfügung zu stellen.

Das klingt sehr selbstbewusst. 33 Mrd. € Jahresumsatz erzielt der Konzern mit der Planung, dem Bau und Betrieb öffentlicher Vorhaben. So errichtet und unterhält **VINCI** einen Großteil des französischen Autobahnnetzes und kassiert dafür mit bei der Maut. Wie viel gilt auch hier als Betriebsgeheimnis.

Wo immer ÖPP-Projekte im Transportsektor auf die Bahn gebracht werden ist **VINCI** ganz vorne mit dabei. Das wichtigste Projekt der Gruppe ist die neue Bahnstrecke zwischen Tour und Bordeaux für den Hochgeschwindigkeitszug DGW. Auf Front 300 km wird derzeit gebaut. Die größte Baustelle Europas und das bei weitem größte ÖPP-Projekt.

Matthieu Lafaurie – Sprecher Ligne SEA: Wir sind zurzeit auf dem Höhepunkt der Bauarbeiten. 8500 Menschen arbeiten zwischen Tour und Bordeaux. Das ist aber keine lineare Baustelle sondern wir arbeiten an 15 oder 16 verschiedenen Punkten gleichzeitig verteilt über die rund 300 km. Die einzelnen Baustellen laufen aufeinander zu und schließen sich allmählich zusammen. Diese parallele Arbeitsweise beschleunigt die Baumaßnahmen enorm.

Schließlich muss bis 2017 alles fertig sein. 7,8 Mrd. € betragen die Gesamtkosten für die Strecke. Rund die Hälfte davon schießt der Staat zu. Das war anders geplant. Wegen der hohen Schulden wollte sich das Land aus dem Bau der DSW-Strecken verabschieden und das Feld den privaten Konzernen überlassen. Aber die forderten hohe Subventionen und die musste klein begeben. Jetzt kassiert VINCI obendrein von der Staatsbahn 35 Jahre lang Gebühren für die Streckennutzung. Also wird das ÖPP-Modell teuer erkaufte und VINCI profitiert von einer staatlichen Notlage.

Herve Tricot – Präsident Ligne SEA: bei einem herkömmlichen öffentlichen Projekt wäre die Staatsbahn durch finanzielle Auflagen eingeschränkt gewesen durch die es unmöglich gewesen wäre die rund 300 km lange Strecke in einem Stück zu bauen. Man hätte das Projekt aufgeteilt, eine Art Salami taktik. Eine

solch große Investition hätte man niemals so schnell umsetzen können. Jedenfalls nicht in Frankreich.

So ist in Frankreich aus dieser öffentlich privaten Partnerschaft eine öffentlich private Abhängigkeit geworden. Aber ohne private Beteiligung kann der Staat viele seiner Aufgaben nicht ausreichend erfüllen.

Belaide Bedredinne – Mitglied Generalrat Seine-St. Deni: Es ist dramatisch. Vor allem weil man die öffentliche Hand im Vergleich zu den großen Konzernen schwächt. Wenn es keine öffentlichen Dienstleister mehr gibt die solche Bauwerke konstruieren können, Baustellen begleiten oder Bauleiter stellen die im öffentlichen Dienst tätig sind dann kommt man irgendwann nicht mehr um die privaten Betreiber herum. Wenn wir selbst die Kompetenzen verlieren können uns die Privaten irgendwann alles Mögliche verkaufen.

So soll z.B. der Provinzflughafen in Nantes mit **VINCI** als ÖPP-Projekt ausgebaut werden zu einem Drehkreuz auf dem sogar ein Airbus A380 landen kann. **550 Mio. € soll der Ausbau kosten, VINCI kassiert dann die nächsten Jahrzehnte Nutzungsgebühren vom Staat für einen Flughafen den niemand braucht** denn Paris ist gerade einmal 2 Bahnstunden.

Seit Jahren gibt es erbitterte Proteste. Anwohner, Bauern und Globalisierungsgegner wehren sich in seltener Einmütigkeit gegen das ÖPP-Projekt.

Dieser komplett sinnlose Flughafen verdrängt die Bauern! Da drüben steht das große Geld und uns schicken sie bewaffnete Polizisten!

Auf den Trackern Baumaterialien für ein Hüttendorf. Damit wollen die Demonstranten das künftige Baugelände besetzen.

Es geht nicht nur um den Flughafen sondern auch um eine andere Form von Gesellschaft. Wachstum um jeden Preis. Viele wollen das nicht mehr.

Aber die Regierung bleibt auf Kurs.

Manuel Valls – Innenminister Frankreich: Das ist ein Projekt das den Regionen nützt, das Millionen von Einwohnern nützt und das unserem Land nützt. Man darf da keine Schwäche zeigen. Denn das würde bedeuten, dass sich alle gegen alles auflehnen können.

Und deshalb setzt sich der Staat in Nantes mit aller Härte durch. Ein Hauch von Occupy Stuttgart 21 und Femen. Nackter Protest gegen ein ÖPP-Projekt das zum Symbol einer Politik wurde die vor allem dem Interesse der Großkonzerne dient.

Belaide Bedredinne – Mitglied Generalrat Seine-St. Deni: Beim Flughafen von Nantes ist völlig unklar wer diesen Zukunftsbedarf definiert hat und sind die Betreiber, Hersteller, Baufirmen wirklich unabhängig? Da die Grenze zwischen Politik und Baufirmen plötzlich verschwimmt besteht natürlich immer der Verdacht auf Komplizenschaft. Als Folge davon haben wir in unserem Land einen

Verfall der staatlichen Autorität weil man nicht mehr weiß wessen Interessen der Staat vertritt.

Eine Krise der staatlichen Autorität oder der Ausverkauf staatlicher Interessen zu Gunsten der Konzerne.

Als ÖPP in Deutschland salonfähig gemacht wurde war das ein Joint Venture öffentlich-privater-Interessen und ein Beispiel für massive Lobbyarbeit. Sie reicht bis in jene Zeit zurück in der noch rot/grün in Berlin regierte und Peer Steinbrück sich in Nordrhein-Westfalen für größere Aufgaben warmlied. Er wurde zu einem der eifrigsten Propagandisten für ÖPP.

Werner Rügemer – Publizist, ÖPP-Kritiker: Der Herr Steinbrück hat ja schon in seiner Zeit als Finanzminister/Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen auf solche neueren Finanzprodukte gesetzt und er hat sich eben sehr frühzeitig für dieses neue Produkt public-privat-partnership eingesetzt und hat ja auch dann in der Regierung von Frau Merkel als Finanzminister diese sozusagen staatliche Werbeagentur gegründet namens Partnerschaften Deutschland AG.

Der Lobbyverband Partnerschaften Deutschland AG wirkt am liebsten diskret. Zur Jahrestagung 2013 trifft man sich in Berlin. Schon die Einladung macht deutlich worum es geht. Die zielführendste Arbeitsteilung ist zwar nicht immer aber immer öfter diejenige zwischen Öffentlich und Privat. Angekündigt werden Top-Referenten aus Ministerien, Behörden und privaten Beratungsfirmen mit Themen wie „Die Schuldenbremse“ und „öffentlich-private-Partnerschaften“ oder „Infrastruktur – zukünftige Wege der Beschaffung“.

Werner Rügemer – Publizist, ÖPP-Kritiker: Man kann sagen diese verzahnte Lobbyarbeit auch diese Verzahnung zwischen staatlicher, politischer Werbung und den privaten Großberatern und zugleich dann noch mit den Baukonzernen und Banken das ist schon ein ziemlich einmaliges Lobbykonstrukt.

Eines das allzu viel Öffentlichkeit scheut.

Reporter stellt beim ÖPP-Bundeskongress eine Frage: Ich wollte einmal mit jemanden reden ob wir nicht drehen dürfen.

Antwort: Nein, Sie können gerne die Inhalte so aufnehmen mit Bleistift und Papier aber bitte nicht mehr.

Frage: Und warum? Was ist da so geheim?

Antwort: Es ist nichts Geheimes aber wir wollen halt eben unsere Mitaussteller in dem Fall nicht dass sie gefilmt oder auch befragt werden also vor laufender Kamera.

Schade, denn hier könnte man lernen wie Lobbyarbeit heute funktioniert.

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Es ist natürlich ein Beispiel für erfolgte Lobbyarbeit aber es ist auch ein Beispiel, dass

kurzfristige Interessen herrschender Politik auf die Interessen der Lobby getroffen sind. Weil Lobbyarbeit alleine macht ja noch keinen Erfolg aber der große Vorteil aus Sicht der jetzt regierenden Politik ist, dass sie ihre Projekte jetzt bekommen und die Lasten der Finanzierungen in der Zukunft sind!

So fand Ex-Bundesfinanzminister und Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück offenbar nichts dabei im Geschäftsbericht 2010 des Baukonzerns Bilfinger-Berger für ÖPP zu werben. ÖPP so Steinbrück im Interview könne erhebliche Vorteile haben die man natürlich in der politischen Diskussion deutlich machen müsse. Und weiter. Es gäbe eine ganze Reihe vorzeigbare Projekte mit denen sich nachweisen lässt, dass ÖPP eine Alternative ist die durchaus stärker genutzt werden sollte.

Wie viel zahlte der Baukonzern für diese Art von Werbung. Steinbrück spricht gern und viel. Das war auch sein Markenzeichen im letzten Wahlkampf. Nur über die Auftrittshonorare sprach er nicht so gerne.

Keine Zeit für Fragen, es gab wichtigeres zu tun. Schließlich wollte der Mann Bundeskanzler werden. Das Übliche habe er für die ÖPP-Werbung bekommen teilte Steinbrück auf Anfrage mit. Das Übliche waren für Steinbrück 15.000 €.

Erst auf öffentlichen Druck hin hatte er seine Auftrittshonorare für die Jahre 2010 und 2011 detailliert preisgegeben. Insgesamt etwas mehr als 1 Mio. €. Darunter 15.000 € von Ernst & Yang und weitere 15.000 € von der Anwaltskanzlei Freshfields. Beide im Bereich ÖPP tätig. Nur das Interviewhonorar für den Bilfinger Geschäftsbericht findet sich in der Liste nicht.

Frage: Wir wollten eigentlich mit Ihnen über ein Thema aus dem Wahlkampf sprechen.

Peer Steinbrück – Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009: Nein, sie wollen mit mir über etwas sprechen zu dem ich keine Stellungnahme nehme.

Frage: Warum nicht?

Peer Steinbrück – Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009: Weil wir den Blick nach vorne richten.

Frage: Aber damit hat ja der Wahlkampf begonnen.

Peer Steinbrück – Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009: Nein, hat er nicht.

Frage: Sondern?

Peer Steinbrück – Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009: Ich muss nicht in jede Hose hineinspringen die sie mir hinhalten. Und ich werde in die Hose nicht springen. So einfach ist das! OK wenden Sie sich bitte an meine Pressereferentin und sie können das gerne ablassen weil ich jetzt nicht zur Verfügung stehe für Interviews.

Frage: Hinterher vielleicht?

Peer Steinbrück – Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009: Mal sehen.

Aber auch später verspürte Herr Steinbrück wenig Lust auf ein Gespräch. Mehrere schriftliche Anfragen für ein Interview lehnte er ab. Dabei befindet er sich in Sachen ÖPP in guter Gesellschaft ehemaliger Kollegen.

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof: Diese enge Verzahnung von Politik, Regierung und privater Wirtschaft lässt sich ja auch personell festmachen. Etwa der hessische Ministerpräsident Roland Koch der zu seiner Regierungszeit dafür gesorgt hat, dass es in Hessen möglichst viele PPP-Projekte gibt, ging dann mit ganz kurzer Schadensfrist eben zu Bilfinger Berger einem der Marktführer von Public-privat-Partnership in Deutschland.

Als Koch ins Baugewerbe wechselte hatte Bilfinger kurz zuvor einen 80 Mio. Auftrag für eine Landebahn des Frankfurter Flughafens bekommen. Für den hatte sich Koch als Politiker stark gemacht. So war seine Berufung auch eine Art ÖPP.

Robert Koch : Ich freue mich sehr, dass es eine so übereinstimmende Entscheidung des Aufsichtsrats gegeben hat die gerade für einen der von einer Welt der Politik in die Welt der Wirtschaft wechselt wichtig ist weil es auch ein Stück Vertrauensvorschuss bedeutet.

Oder die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Zum Interview war Roland Koch nicht bereit.

Auch im nächsten Fall arbeiteten Politik und Wirtschaft offenbar Hand in Hand. Hier riecht es nach Korruption ausgerechnet in Verbindung mit einem Gefängnis.

Die JVA-Waldeck bei Rostock. Als ÖPP-Modell errichtet und an das Land Mecklenburg-Vorpommern vermietet. Nach der Wende musste alles schnell gehen, die alten Gefängnisse waren nicht menschenwürdig. Private Investoren aus Hamburg bauten in Rekordzeit einen Vorzeigeknast, das Personal ist beim Staat angestellt. Auch Objektmanager Collin. Er demonstriert die Vorzüge des Strafvollzugs Marke ÖPP.

Ingolf Collin – JVA Waldeck: Hier ist jeder Haftraum in der Grundausstattung ausgestattet. Mit Nassbereich den er schließen kann, Waschbecken, Toilette, alles festgeschraubt, die Schränke und Betten, sodass man die nicht umstellen kann, wenn die Beamten dann auch mal in den Haftraum kommen nicht vor einem Schrank stehen.

Rund 55 Mio. € kostete der Bau der Anlage für etwa 340 Häftlinge. Das Land zog als Mieter ein.

Ingolf Collin – JVA Waldeck: Wir sind eine Anstalt die privat investiert wurde. Der Investor ist für die gesamte Baulichkeit zuständig – wenn jetzt die Wände umfallen oder das Dach fällt runter usw.. Die Instandhaltung ist alles Landessache, da sind wir jetzt gerade dabei unsere komplette Sicherheitstechnik

zu erneuern. Für eine Computerkamera dafür ist ausschließlich das Land zuständig.

Ist das dann eigentlich ein guter Deal für das Land?

Ingolf Collin – JVA Waldeck: Wenn man das jetzt so betrachtet alleine von der Zeitschiene konnten wir innerhalb von 3 Jahren diese Anstalt übergeben, vom Planungsbeginn bis zur Übergabe, das schafft keine öffentliche Behörde das in dieser Zeit mit diesen überschaubaren Kosten auch umzusetzen.

Dafür zahlt man jetzt Miete rund 4 Mio. jährlich. Die Investition dürfte sich für den jetzigen Eigentümer im Laufe der Jahre mehr als doppelt auszahlen. Es ist Frank Wegner, Immobilienunternehmer aus Hamburg.

Frank Wegner - Immobilienunternehmer: Die Erfahrungen sind durchwegs gut. Es ist eines der ersten PPP-Projekte damals gewesen in dieser Zeit. Entstanden eigentlich aus der Erfordernis dringend neue Haftplätze liefern zu müssen und es war klar, dass das Land in der kurzen Zeit wie wir es realisieren konnten das nicht durchführen kann. Er hat sich dann einen privaten Investor mit hinzugezogen der dann auch entsprechende Risiken zu Anfang eingeht was ein Land nicht so ohne weiteres kann.

Eröffnung war 1996 mit der damaligen Finanzministerin Siegrid Kehler und dem Hamburger Investor Siegfried Kludt.

Kludt hatte zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Vater des heutigen Eigentümers die Haftanstalt gebaut. Die wurde von der norddeutschen Landesbank voll finanziert. Völlig problemlos. Es gab nämlich schon einen Mietvertrag bevor die Grundstücke an die Investoren verkauft worden waren und die Bauarbeiten überhaupt begonnen hatten über eine Mietzeit von 30 Jahren. Als jährlicher Mietzins wurden so der geheime Mietvertrag 7,8% der Herstellereinstellung vereinbart. Im Klartext, die Investitionen dürften längst wieder eingespielt worden sein. Damit nicht genug. Das Land ging umfangreiche Verpflichtungen ein. Auf eigene Kosten übernimmt es Schönheitsreparaturen an Decken, Fenstern, Fußböden und Türen.

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Die Finanzierung war kein Problem. Es gab ja einen Mietvertrag und diese Miete haben wir der Bank gleich abgetreten, sodass die Bank auch überhaupt keine Risiken hatte. Risiko absolut gleich null.

Reporter: Risiko null aber das Land zahlt!

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Das Land zahlt.

Reporter: War es ein lohnendes Geschäft?

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Für uns? Jeden Tag würde ich es wieder machen. Natürlich, sehr.

Reporter: Was blieb da übrig?

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Also wir haben die Tilgung gehabt, wir mussten ja auch tilgen und mein Partner und ich wir haben jeder im Monat 44.000 € übrig gehabt, im Monat, jeder!

Goldene Zeiten, für Kludt sind sie vorbei. Der jetzige Eigentümer, der Sohn seines verstorbenen Partners Wegner, habe ihn hinausgedrängt sagt Kludt. Deshalb habe er sich entschieden über den Hintergrund des Megadeals auszupacken. Er soll auf Bestechung beruhen behauptet Kludt und er belastet den ehemaligen Staatssekretär im Finanzministerium Wilhelm B. schwer. Dieser soll das Geschäft eingefädelt haben, gegen Bezahlung.

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Und dann sagte er das ist nicht ganz umsonst, denn wer an einem so lukrativen Vertrag rankommt dann möchte er 250.000 DM haben wenn der Mietvertrag unterschrieben ist und 250.000 DM wenn wir mehr oder weniger den Schlüssel bekommen sodass das dann auch gleich Rendite bringt.

Reporter: Und so wurde das dann auch gemacht?

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Ja natürlich, so ist es gemacht worden. Er hat sein Geld bekommen, wir haben den Vertrag bekommen und dann ist das hier entstanden.

Offenbar lief alles wie geschmiert ohne dass der Millionenauftrag ausgeschrieben wurde. Das war und ist nach der Rechtslage nicht nötig was die Anbahnung des Deals erheblich erleichtert haben dürfte.

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Er hat gesagt da machen Sie sich mal keine Sorgen das regle ich. Wir mussten nur eine Adresse bringen die in Schwerin ansässig ist und wir haben uns dann in Schwerin eine Adresse besorgt. Firma, und dort ist dann die ganze Post hingegangen aber das hat alles er gemanagt.

Womit in diesem Fall bewiesen scheint, dass mit ÖPP Mauschelein Tür und Tor geöffnet wird. So schloss das Finanzministerium einen Millionen teuren Mietvertrag ohne öffentliche Kontrolle ab. Erklärungsversuche der heute zuständigen Beamten.

Ulrike Wenner-Bunge – Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern: Das Land hatte zum damaligen Zeitpunkt eine große Vielzahl von Objekten zu finanzieren und das war einfach eine Möglichkeit hier schnell zu einer JVA zu kommen.

Schriftlich teilt das Finanzministerium noch mit man gehe davon aus, dass damals das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wurde. Vertrauen ist gut Kontrolle wäre manchmal besser gewesen. Später wechselte B. als Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium. Dort geriet er 2001 in die Schlagzeilen unter anderem wegen der fragwürdigen Vergabe von

Landesaufträgen an Privatfirmen. So ging ein Millionenauftrag an eine Werbeagentur ohne Ausschreibung die in diesem Fall tatsächlich vorgeschrieben war. Kurz darauf trat B. zurück und verabschiedete sich in den Ruhestand. Angeblich hatte das nichts mit den Vorwürfen gegen ihn zu tun. Er fiel weich denn er arbeitete ab 2002 für Kludt und Wegner. Also genau für die alten Freunde denen er zuvor den Gefängnisauftrag offenbar zugeschanzt hatte.

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Er hat die 10.000 € im Monat bekommen und Gewinnbeteiligung. Dann war er in den Gesellschaften die wir nachher in Luxemburg hatten, da war er in allen Gesellschaften beteiligt und hat nochmal 250.000 € Verwaltungsratsgebühr bekommen und hat mehrere Millionen € durch uns verdient in den weiteren Geschäftsjahren die wir gemeinsam zusammen waren. Er ist ja auch der Patenonkel meiner Tochter, also wir haben uns mehr oder weniger zusammengeschweißt und wir waren dicke Freunde.

Man feierte, fuhr zusammen mit Lebenspartnern in den Urlaub und machte weiter gemeinsame Geschäfte für die Kludt und sein damaliger Freund B. im Jahr 2007 sogar eine gemeinsame Firma gründeten. Die SKG-Immobilien GmbH gehörte Kludt und B. zu gleichen Teilen. Ex-Staatssekretär B. bestreitet den Vorwurf er habe sich im Zusammenhang mit der JVA bestechen lassen. Vor der Kamera wollte er sich nicht äußern. Stattdessen drohte er schriftlich mit juristischen Schritten gegen eine Veröffentlichung und teilte mit, soweit seine Mitwirkung an dem Gefängnisprojekt unter strafrechtlichen Gesichtspunkten relevant erscheine habe er Zitat: darauf hingewiesen, dass derartige evtl. gegen mich erhobene Vorwürfe nicht zutreffen. Doch Siegfried Kludt bleibt bei seiner Darstellung.

Siegfried Kludt – Investor JVA Waldeck: Er hat schwarz viel verdient und hat ja auch offiziell sehr, sehr viel verdient. Er ist, wenn ich das mal jetzt so sagen darf, ich will nicht sagen Kleinfinanzbeamten, sondern der war ja schon, er hatte ja schon was zu sagen sonst hätte er ja die Entscheidung dort nicht treffen können, aber vom Finanzbeamten habe ich ihn zum Multimillionär gemacht.

Jetzt streiten sich die einstigen Freunde vor dem Hamburger Landgericht um den Kauf einer privaten Wohnung. Im Dezember 2012 gab B. laut Verhandlungsprotokoll immerhin zu, dass eine Geschäftsbeziehung bestanden hatte. Ich muss dazu erklären, dass ich für die Gruppe Kludt und Wegner seit Jahren tätig war. Ich habe in diesem Zusammenhang ein monatliches Pauschalhonorar bezogen in Höhe von 10.000 €. Darüber hinaus gab es auch Erfolgshonorare.

Vielleicht als späte Belohnung für den JVA-Deal? Im Schweriner Finanzministerium will man von den Geschäften des Ex-Staatssekretärs bis heute überhaupt nicht mitbekommen haben. Auf Nachfrage hält man sich bedeckt.

Reporter: Können Sie sich vorstellen dass es eine Verbindung zwischen den Betreibern und dem damaligen Ex-Staatssekretär gibt?

Wollen Sie nichts dazu sagen?

Wolfgang Suhrbier – Justizministerium Meckenburg-Vorpommern: Nein das ist nicht bekannt und deswegen kann ich dazu auch nichts sagen.

Ulrike Wenner-Bunge – Finanzministerium Meckenburg-Vorpommern: Das ist nicht bekannt. Also wir wissen es schlichtweg nicht.

Reporter: Also wir haben erhebliche Verdachtsmomente gefunden dass da Geld geflossen ist damals zwischen dem Investor und dem damaligen Finanzstaatssekretär.

Ulrike Wenner-Bunge – Finanzministerium Meckenburg-Vorpommern: Also dazu kann ich nichts sagen. Also das kann ich mir auch gar nicht vorstellen.

Wolfgang Suhrbier – Justizministerium Meckenburg-Vorpommern: Wenn es Verdachtsmomente gibt die sie regergiert haben wäre das angezeigt dies an die entsprechende Staatsanwaltschaft weiterzuleiten.

Nichts Sehen, nichts Hören und am besten nichts wissen. Schriftlich teilte das Finanzministerium mit, aus damaliger Sicht seien die Konditionen bei dem ÖPP-Deal nicht ungünstig gewesen. Fragt sich für wen. Der heutige Besitzer kassiert rund 4 Mio. € jährlich an Miete, bis zum Vertragsende 2026 wird das Land die Anstalt mehr als 2x bezahlt haben, danach wird neu verhandelt und vermutlich nochmal für Jahrzehnte gemietet. Ein Jahrhundertgeschäft für das sich jetzt auch der Landesrechnungshof in Meckenburg-Vorpommern interessiert. Dabei dürfte es vor allem um die Frage gehen **welche Nachteile dem Land durch diesen Deal entstanden sind.**

So oder so ÖPP kommt vor allem die Bürger teuer zu stehen. In Berlin mussten sie für die Privatisierung des Wassers tief in die Tasche greifen. Doch immer öfter regt sich Protest. Ende der 90er Jahre hatte die Stadt die Hälfte der Wasserbetriebe an RWE und den französischen Konzern VEOLIA verkauft für 1 ½ Mrd. €. Das wurde jetzt rückgängig gemacht auf Druck der Bürger. Der Berliner Wassertisch feiert seinen Sieg.

Gerlinde Schermer –Mitglied, Berliner Wasser: public-privat-partnership bedeutet, dass über 30 Jahre ein Konzern z.B. wie Veolia vollständig außerhalb des Wettbewerbes steht von dem uns immer gepredigt wird und in Berlin haben die Privaten aufs eingesetzte Kapital 12% Rendite jährlich bekommen. Wissen Sie wie viel man für Bundesanleihen bekommt zurzeit? 1,9%!

Wir haben in Berlin erstmalig in Deutschland erreicht, dass so ein public-privat-partnership-Vertrag per Volksentscheid offengelegt wurde und da kann jeder nachlesen was ich hier gesagt habe, es stimmt. Sie haben eine Renditegarantie auch wenn die Konzerne nie über die Rendite reden wollen, es geht nur um Rendite wenn sich Private in die Daseinsvorsorge einkaufen.

Eine kleine Revolution. Zum ersten Mal setzten Bürger bei einem geheimen ÖPP-Vertrag ihr Recht auf Transparent durch. Dabei kam heraus, dass den Konzernen die Übernahme mit kräftigen Subventionen schmackhaft gemacht wurde. Zugesichert wurden Gewinnanspruch, Ausgleichsbetrag und anderes mehr. Außerdem verpflichtete sich Berlin die geringeren Gewinne oder höheren Verluste der Konzerne aufzufangen. Im Klartext: ein bombensicheres Geschäft und alles natürlich streng geheim. Man vereinbarte absolutes Stillschweigen.

Werner Rügemer – Publizist, ÖPP-Kritiker: Entgegen der öffentlichen Legende, dass wir hier Private zum allgemeinen Nutzen einsetzen ist es in Wirklichkeit so, dass der Staat den Gewinn der Privaten garantiert. Die haben gar kein Risiko!

In Frankreich beherrscht Veolia bisher etwa 30% der gesamten Trinkwasserversorgung. In tausenden von Kommunen verdient der Konzern kräftig mit sobald irgendwo ein Wasserhahn läuft. **Eine lebensnotwendige Ressource wurde so zum Wirtschaftsgut.** Doch auch hier wächst der Widerstand.

Anne Le Strat (Stellv. Bürgermeisterin Paris): 25 Jahre lang haben wir das Management den Privaten überlassen und wir mussten feststellen, dass wir nicht genug technische Kontrolle hatten, den Preis nicht kontrollieren konnten und das ist keine nachhaltige Vision der Versorgung gab. Eine Vision im Umgang mit der Ressource Wasser die eben auf lange Sicht angelegt ist.

Ein Mitarbeiter von Veolia ist jetzt Abgeordneter für die Grünen im Bezirk il de France. **Jean-Luc Touly** hat entdeckt, dass die Abhängigkeit einiger Kommunen weit über das Wasser hinausgeht. Sie hängen regelrecht am Tropf des Konzerns.

Jean-Luc Touly – Veolia-Mitarbeiter: Die Bürgermeister dieser Kommunen pflegten sehr enge Beziehungen mit dem Unternehmen einfach weil sie Geld brauchten. Der Konzern übernahm die Funktion einer Bank. Er lieh den Gemeinden die Mittel um in ihre Infrastruktur zu investieren. Im Endeffekt zahlten dann die Wasserverbraucher das Darlehen ab und diese Darlehen wurden von Sätzen von 12 bis 13% auf lange Zeit fest vereinbart. D.h., dass es heute noch Verträge gibt die immer noch Zinssätze von 10 und mehr haben. Das ist ein Skandal.

Mehr als 2 Jahrzehnte lang versorgte Veolia die französische Hauptstadt mit Wasser. Dagegen kämpfte ein breites Bündnis mit Erfolg. 2009 feiern die Bürger der Hauptstadt das Ende der privaten Versorgung. Sie hatten erreicht, dass der Vertrag mit Veolia nicht verlängert wurde. Jahrelang waren die Preise nur gestiegen. Als erstes kündigte die stellvertretende Bürgermeisterin von Paris, **Anne Le Start** damals eine Preissenkung an.

Anne Le Strat (Stellv. Bürgermeisterin Paris): Die öffentliche Versorgung ermöglicht ein ökonomisches Gleichgewicht. Wir können mindestens genauso viel investieren wie die Privaten. Vor allem denken wir langfristig! Das ist ein ganz anderer Ansatz denn wir haben auch Verantwortung für künftige Generationen und die Aufgabe die Versorgung nachhaltig sicherzustellen.

In der ehemaligen ÖPP-Hofburg setzt ein neues Denken ein. Öffentlich-private-Partnerschaften werden neuerdings kritischer betrachtet. Als erstes Land in Europa führte Frankreich ein Gesetz ein um die verdeckte Schuldenmacherei zu beenden.

Prof. Stephane Saussier - Wirtschaftswissenschaftler: Bis Ende 2010 wurden Investitionen die mit ÖPP finanziert wurden nicht als Schulden angesehen. Nach dem neuen Gesetz müssen sie wie Schulden behandelt werden. D.h. es existiert also nicht mehr dieser fragwürdige Anreiz dafür ÖPP-Verträge abzuschließen. Damit lässt sich vielleicht auch erklären warum es 2013 weniger dieser Projekte gab als in den Vorjahren.

In Berlin hatten die Konzerne Veolia und RWE nach ihrem Einstieg bei den Wasserbetrieben so ungeniert zugelangt dass das Kartellamt die Senkung der Tarife um knapp 20% verlangte. Verdient haben sie aber auch so noch genug. In den knapp 14 Jahren der Privatisierung insgesamt 1,3 Mrd. €.

Der öffentliche Druck wurde so stark, dass der Berliner Senat die Anteile beider Firmen zurückkaufte für etwa den Preis zu dem sie damals eingestiegen waren.

Carl Waßmuth – Gründer „Gemeingut in BergerInnenhand“: Die Offenlegung der Verträge nur das hat ausgereicht um das Wasser zurück in die öffentliche Hand zu bringen. Das war in diesem Volksentscheid überhaupt nicht enthalten. Hätte man machen können aber dazu hätte man nochmals 7 Jahre gebraucht. Aber der politische Druck der daraus entstanden ist und den man daraus entwickeln konnte der war ausreichend um Wasser zurück in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu bringen.

Die Demonstranten feiern ihren Sieg. Der Berliner Senat hat angekündigt die Wassergebühren könnten jetzt nach dem Ende der Privatisierung um bis zu 13% sinken. Ihren Gewinn haben die Unternehmen ohnehin schon gemacht.

Dorothea Härling – Mitglied „Berliner Wassertisch“: Hier in Berlin kann man das eben an Veolia und vorher RWE wunderbar studieren. Sie kaufen sich ein, nach 13 Jahren haben sie ihren Kaufpreis bereits wieder eingeholt durch unsere Wassergebühren. D.h. Verträge über 30 Jahre (das ist länger als die Berliner Mauer gehalten hat) werden da gemacht mit privaten Konzernen in einer Art und Weise die ihnen garantieren 30 Jahre aus unserer Daseinsvorsorge Geld auszusaugen.

So siegte das Aufklärungsinteresse über die Geheimniskrämerei. Anderswo geht es nicht so einfach weil Bürgerbegehren nicht überall bindend sind.

Anton Hofreiter – Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Es hat halt den großen Vorteil hier gehabt, dass es die Möglichkeit eines Bürger- oder Volksbegehrens gibt. Es ist natürlich nicht immer ganz einfach alles offenzulegen aber selbstverständlich brauchen wir auch auf Bundesebene viel, viel mehr Transparenz bei den PPP-Projekten da wäre es ja schon viel wenn man die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen kennen würde. Ich habe dort auch zum Teil schon vor dem Gericht geklagt nach Informationsfreiheitsgesetz. Also man braucht da viel mehr Transparenz um wenigstens erkennen zu können was wirtschaftlich ist und wo die Fallen für die öffentliche Hand drin steckt.

Prof. Dr. Dieter Engels – Präsident Bundesrechnungshof:

Deswegen haben wir immer wieder gefordert es müssen zumindest alle ÖPP-Projekte im Haushalt transparent dargestellt werden. Es müssen sogenannte Verpflichtungsermächtigungen eingebracht werden, sodass jede Parlamentarier sehen kann was jetzt passiert.

Denn damit taugt die öffentlich-private-Partnerschaft nicht mehr dazu die Schuldenbremse zu umgehen. Eine entsprechende Gesetzesänderung in wäre wohl auch in Deutschland das Ende der Geheimabsprachen zwischen Politik und Wirtschaft. Das Ende des staatlichen Ausverkaufs an die Konzerne.

PPP-Projekte auch in ÖSTERREICH!? (öffentliche-private Partnerschaften?)